

Christoph Niederberger wird neuer Direktor des SGV

Der Vorstand des Schweizerischen Gemeindeverbandes (SGV) hat Christoph Niederberger zum neuen Direktor des SGV gewählt. Der 47-jährige ausgebildete Forstingenieur ETH tritt per Anfang August die Nachfolge von Reto Lindegger an.

«Mit Christoph Niederberger setzt der Verband auf einen politisch versierten und bestens vernetzten Vertreter des Föderalismus und des subsidiären Staatsaufbaus», betont Ständerat Hannes Germann, Präsident des SGV. Seit 2010 fungiert Christoph Niederberger als Generalsekretär der Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) im Haus der Kantone in Bern. Er baute dort das Generalsekretariat VDK auf und etablierte dieses als wichtigen Ansprechpartner in politischen Fragen des Arbeitsmarkts, des Service public und der Standortförderung. Zuvor arbeitete er heute mit seiner Familie in Bern lebende Nidwaldner während sieben Jahren als Sekretär des Finanzdepartements des

Kantons Obwalden. Dort begründete er die Steuerstrategie des Kantons Obwalden mit.

Der zukünftige Einsatz für die kommunale Ebene stellt für Christoph Niederberger nach dem jahrelangen Effort für die Kantone einen logischen Schritt dar. Sein Credo lautet denn auch: «Geht es den Gemeinden gut, dann geht es auch den Kantonen gut. Und somit auch der Eidgenossenschaft.» Deshalb lohne es sich auch, so Niederberger, sich für starke Gemeinden einzusetzen.

Christoph Niederberger übernimmt das neue Amt per Anfang August. Er folgt auf Reto Lindegger, der nach vier Jahren in Funktion eine neue Herausforderung annimmt.



Christoph Niederberger, designerter Direktor des SGV.

Bild: zvg

Gemeinden als Partner erwähnen

Mit der Revision des Bevölkerungs- und Zivildschutzgesetzes (BZG) soll das Bevölkerungsschutzsystem modernisiert und gezielter auf die heutigen Gefahren und Risiken ausgerichtet werden. Die vorgeschlagenen Änderungen sind für den SGV grundsätzlich nachvollziehbar. Allerdings ist aus der Sicht des SGV zentral, dass die Bedürfnisse der Gemeinden weiterhin berücksichtigt werden. Denn sie haben eine wesentliche Rolle als Partnerorganisationen in der Umsetzung des Bevölkerungs- und Zivildschutzes. Sie sollen deshalb im Gesetz explizit als Partner erwähnt und nicht unter «Dritten» eingeordnet werden. Zudem erwartet der SGV, dass die Aufgaben und Zuständigkeiten des Bundes im Artikel 7 präziser definiert werden.

pb

Stellungnahme:

www.tinyurl.com/sn-bzg

Verkehrsinfrastruktur: bessere Abstimmung

Der SGV hat zur Weiterentwicklung und zum Ausbau des Nationalstrassennetzes sowie zur dritten Generation der Agglomerationsprogramme Stellung genommen. Beide Verkehrsvorlagen sind für die kommunale Ebene sehr wichtig. Qualitativ hochstehende Verkehrsinfrastrukturen tragen zur hohen Lebensqualität und Prosperität in unserem Land bei. Sie müssen erhalten und wo nötig ausgebaut werden. Dabei ist eine optimal vernetzte Mobilität anzustreben. Die verschiedenen Verkehrsträger müssen im Gesamtsystem betrachtet werden.

Dementsprechend fordert der SGV verbindliche Abstimmungsprozesse zwischen den beteiligten Bundesämtern, mit den Kantonen und den betroffenen Regionen, Städten und Gemeinden. Die Anschlüsse der Nationalstrassen sowie die Entwicklungen der Bahninfrastrukturen müssen in die Agglomerationsprogramme einfließen und umgekehrt. Dabei sind ortsspezifische Lösungen anzustreben. Es müssen Überlegungen in Bezug auf verschiedene Bereiche wie

beispielsweise Raumplanung, Städtebau oder Lärmverträglichkeit berücksichtigt werden.

Bezüglich der Agglomerationsprogramme fordert der SGV, dass der Bund Städte und Gemeinden nicht nur in der Planung, sondern auch bei der Umsetzung begleitet und besser unterstützt. Zudem muss der administrative Aufwand reduziert werden. Die Planungsabläufe sind so anzupassen, dass bei der nächsten Generation die Prüfungsergebnisse mit den Trägern diskutiert werden können, bevor die Vernehmlassungsvorlage finalisiert wird. Der SGV fordert den Bund auf, bei der Budgetierung die realistisch zu tätigen Ausgaben mutiger zu berücksichtigen und damit Rückpriorisierungen möglichst zu vermeiden. Zudem sollten künftig auch Massnahmen teilfinanziert werden, die einer intelligenteren Nutzung und Entlastung der Infrastrukturen dienen.

pb

Stellungnahmen:

www.tinyurl.com/sn-nationalstrassen
www.tinyurl.com/sn-agglverkehr